

geständnis an das zahlenmäßig viel geringere Unternehmertum ist.

Außerdem enthält der Entwurf natürlich noch mehrere auf dieser merkwürdigen Einteilung beruhende Unzulänglichkeiten in bezug auf die Beitragsleistung usw., die aber mehr interner Art sind.

Eins muß aber unbedingt noch umgestaltet werden und das ist die Sondervertretung des Gartenbauers, der Forstwirtschaft und Fischerei.

Sollen diese wirklich ihrer Bedeutung gemäß vertreten sein, dann dürfen die dafür vorgesehenen Fachkammern nicht der Landwirtschaftskammer als Nebenabteilungen lose angegliedert werden, sondern es muß klipp und klar heißen: Die Landwirtschaftskammer besteht aus folgenden Fachkammern usw. Man denke nur an die überragende technische Entwicklung der Gärtnerei, die ihr direkt gewerblichen Charakter verleiht und sie zu einem Pionier der heute so bedeutenden Siedlungspolitik stempelt. Sie ist, trotzdem die Gärtnereibergesellschaft, die sich noch nicht einmal über alle deutschen Staaten erstreckt, bereits im letzten Friedensjahre 92 Millionen Mark Erlöse verzeichnete, im Reichswirtschaftsrat nur durch zwei Angehörige vertreten und kann also mit Recht Anspruch auf eine selbständigere Stellung erheben. Ebenso muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß auch Vertreter der betreffenden Organisationen das aktive und passive Wahlrecht haben müssen.

Außer diesen grundsätzlichen Bedenken tauchen aber auch noch solche organisatorischer Art auf, die es uns, wie gesagt, nahelegen, mit der Verabschiedung des Gesetzes mindestens so lange zu warten, bis das in Aussicht stehende Reichsrahmengesetz erledigt ist, denn auch bei diesem finden sich die hier skizzierten drückenden Gedankengänge. Ferner sollte man doch erst reiflich prüfen, ob man diese Kammern wirklich zu gewünschten Vertretungen machen will oder ob es nicht besser ist, sie als reine Unternehmerkörperschaften bestehen zu lassen.

Dabei muß man auch wieder von der Reichsverfassung ausgehen und lediglich die Zweckmäßigkeitfrage entscheiden lassen.

Landarbeiter und Landwirtschaftskammern.

Die Hauptvorstellung des Deutschen Landarbeiterverbandes erfuhr uns, ihre Stellungnahme zu dem Landwirtschaftskammergesetzentwurf gleichfalls öffentlich bekanntzugeben. Sie lautet:

Der Deutsche Landarbeiterverband begrüßt die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der dem Zwecke dienen soll, den alten Landwirtschaftskammern eine neue Verfassung zu geben und sie mit neuzeitlichem Wesensinhalt zu erfüllen.

Der heute leider immer noch rechtsgültige Zustand, daß nur eine Handvoll Großgrundbesitzer sowie einige sonst bevorzugte Persönlichkeiten das Vortrecht besitzen, die Landwirtschaftskammern zu besetzen und damit alle Beschlüsse und Maßnahmen dieser Körperschaften ihren einseitigen Anschauungen untertänig zu machen, wurde bereits in der Vorkriegszeit als wirtschaftlich und sozial ungerecht und schädlich empfunden. Seit dem politischen Umsturz jedoch ist es zu reiflicher Beseitigung gekommen.

Der neue Gesetzentwurf läßt mit erschütternder Deutlichkeit erkennen, daß ein ernstliches Bestreben obwaltet, den Anforderungen der neuen Zeit Rechnung zu tragen. Ein Anspruch ist aber gegen die Dreigruppenwahl des Entwurfs, die unter allen Umständen beseitigt werden muß, zu erheben. Die Absicht, auch die Arbeitnehmer an allen Verhandlungen der Landwirtschaftskammern teilnehmen zu lassen, wird anerkannt. Daß diese Teilnahme aber nur in einer Gendrittelbeteiligung bestehen soll, erscheint uns mit dem Geiste der neuen Zeit sowie mit dem Wortlaut der neuen deutschen Reichsverfassung unvereinbar. Die in der neuen Reichsverfassung ausgesprochene Gleichberechtigung wird im Landwirtschaftskammergesetzentwurf den Arbeitnehmern verweigert. Aus der Begründung des Entwurfs geht mit keinem Wort hervor, warum dies geschieht. Auch sonst ist

ein Grund dafür nirgendwo ersichtlich. Es wird diesbezüglich nun darauf aufmerksam gemacht, daß bei dem bevorstehenden Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte die heutigen Landwirtschaftskammern, also auch die Landwirtschaftskammern, als die Unterstufe dieses Aufbaus benutzt werden sollen. Auch daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Landwirtschaftskammern von Grund auf paritätisch zu organisieren, d. h. die Arbeitnehmer zahlenmäßig zu gleichberechtigter Teilnahme heranzuziehen. Jede Kammer sowie deren Abteilungen und Ausschüsse sind jeweils aus Unternehmern und Arbeitnehmern zusammenzusetzen. Durch das vorgesehene Verhältniswahlverfahren wird im allgemeinen die Gewähr geleistet, daß die einzelnen Gruppen und Richtungen sich nach Gebühr Geltung verschaffen können.

Die Vollparität zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Landwirtschaftskammern ist um so dringlicher zu fordern, als zu den Arbeitnehmern im Sinne des Gesetzes ja nicht bloß die eigentlichen Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch die Familienangehörigen der Unternehmer gerechnet werden.

Was die Vertretung der Unternehmer anbetrifft, so enthalten wir uns dazu einer besonderen Stellungnahme. Wir müssen es diesen selbst überlassen, sich dazu zu äußern, ob sie mit den Grundgedanken, wie sie in der Vorlage enthalten, einverstanden sind oder nicht. Jedenfalls schließt die Vollparität die Berücksichtigung aller Unternehmerrgruppen und ihrer Sonderbedürfnisse in keiner Weise aus.

Das Wahlalter ist in diesem Sinne wie im Betriebsrätegesetz festzulegen, nämlich für das aktive Wahlrecht das 18., für das passive das 20. Lebensjahr.

Moskaus Grundirrtum.

In der „Freiheit“ untersucht Ledebour — reichlich spät —, worin denn eigentlich bei allen Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung des Verhältnisses der Unabhängigen zur Dritten Internationale Einigkeit herrsche. Trotz allen Bemühens jedoch muß er, wie jeder unbesangene Beobachter, zu dem Ergebnis kommen, daß von irgendwelcher Einigkeit bezüglich der Fragen von Revolution, Diktatur, Autonomie usw. nicht mehr die mindeste Einigkeit herrscht. Die Forderung nach einer Aufgabe der Selbständigkeit der deutschen Unabhängigen und ihre Abhängigmachung von Moskau bezeichnet Ledebour als den Grundirrtum der Dritten Internationale und fährt fort:

Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind trotz der gegenwärtigen Vorherrschaft des Kapitalismus und trotz der gleichartigen Vorkriegsentstehung, die der Krieg ihnen überall eingeimpft hat, doch so weit voneinander verschieden, daß die zentralistische Leitung der proletarischen Aktionen aller Länder von einem Mittelpunkt aus, gleichgültig, ob das nun Moskau oder Berlin, Paris oder London ist, unaussprechlich zu einer Fehlerquelle werden würde, die jeden Versuch, auf solche Weise die Weltrevolution durchzuführen, zum Scheitern bringen müßte.

Diese „Fehlerquelle“ wird von Ledebour reichlich spät erkannt. Ledebour spricht weiter von der Gefahr, die Verhältnisse lediglich durch die russische Wille anzuhängen, und schreibt warnend:

Wie groß die Gefahr ist, das tritt jetzt schon zutage in den Moskauer Richtlinien, die den übrigen Landesparteien die aus russischen Verhältnissen entstandenen Methoden der russischen Revolution schablonenhaft aufzwingen wollen, so in der Regelung der agrarischen Verhältnisse und in der terroristischen Ausübung der Diktatur sogar über das Proletariat und die eigenen Parteigenossen. Die russische Agrarpolitik auf Deutschland übertragen, würde durch Verschlagungen und Aufteilung des Großgrundbesitzes einen wirtschaftlichen Rückschritt herbeiführen und die Sozialisierung auf das äußerste erschweren. Die terroristische Diktatur irgendeines Zentralkomitees würde sich aber das Proletariat Deutsch-

lands ebensowenig gefallen lassen wie das Englands irgendeines anderen wirtschaftlich hochentwickelten Landes.

Das sind ja sehr vernünftige Erkenntnisse, die Georg Ledebour da zur Veröffentlichung bringt. Aber hat er, um solche Erkenntnisse zu gewinnen, erst über 70 Jahre alt werden und die Reise durch die unabhängige Wüste modern müssen?

Lenins Bannbulle.

Ueber Riga sind hier zwei ausführliche Telegramme eingetroffen, von denen das erstere den Inhalt eines Briefes des Moskauer Exekutivkomitees an die U. S. P. D., das zweite einen Artikel Lenins aus der „Pravda“ vom 24. September enthält. In dem Schreiben des Exekutivkomitees, das von der „Freiheit“ als „Bestellte Arbeit“ bezeichnet wird, wird zunächst gegen die Vorberlegung des Unabhängigen-Parteitages auf den 12. Oktober Protest erhoben — eine Einmischung in die innerpolitischen und organisatorischen Maßnahmen einer Partei, wie sie in der Geschichte der Internationale allerdings noch nicht vorgekommen ist. Das Schreiben fordert die „Beseitigung von Renegaten vom Schlage Kautskys und Hilferdings“ und fährt fort:

Die Kommunistische Internationale verlangt nicht die Übergabe der Zeitungen an Spartaisten, sondern lediglich die Redaktionsführung der Zeitungen durch ehrliche Revolutionäre, die jetzt überzeugte Kommunisten sind, obwohl sie bisher noch Mitglieder der U. S. P. sein mögen. Gleichfalls hat die Kommunistische Internationale weder verfehlt noch wird sie verfehlen sich von Personen, die auszuschließen sind. Für die Kommunistische Internationale handelt es sich um den Kampf gegen die opportunistische Richtung, die sich selbstverständlich in den lebendigen, die Revolution verrätenden Menschen personifiziert. Die Resolution läßt ausdrücklich Ausnahmen zu, bezüglich der rechtsstehenden Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen.

Die Drohnote des Exekutivkomitees — anders kann das Moskauer Schreiben nicht bezeichnet werden — ist in schöner Anlehnung an militärische Vorbilder aus dem Weltkrieg in einzelne Punkte eingeteilt, die in ihrem strengen militärischen Ton stark an Regimentserlasse und Verfügungen ehemaliger Generale erinnern. So heißt es:

6. Bezeugt das ganze Gebaren Dittmanns und Crispbens die Unmöglichkeit, in einer Partei mit solchen Kleinbürgerlichen Elementen zu bleiben. Durch ihre Schwankungen im entscheidenden Augenblick verraten sie die proletarische Revolution, gleich wie sie jetzt in Italien von Daradana, Modigliani, Turati und Genossen verraten wird. Falls die U. S. P. derartige Verräter aus ihren Reihen nicht vertreiben wird, kann sie nicht als revolutionäre Partei existieren.

Nicht weniger deutlich wird Lenin in seinem in der „Pravda“ veröffentlichten Schreiben, in dem er die „Trennung von den rechten opportunistischen Elementen für notwendig“ erklärt. Immerhin ist er so gütig, den deutschen Unabhängigen bestimmte Ausnahmen zuzugestehen, die wohl für solche gelten sollen, die schärfste Besserung erlangen. Als „Kleinbürgerliche Elemente“ haben jedoch die Hilferding, Dittmann, Crispben, viele Mitglieder der Parliamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich usw. sich als Gunst Lenins veräußert. Der Ruf nach Trennung durchzieht sein ganzes Schreiben, das mit der Aufforderung schließt:

Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von diesen Elementen reinigen und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden.

In ihrer Schlußbetrachtung gibt die „Freiheit“ der Meinung Ausdruck, daß es sich bei den meisten Gruppen innerhalb der Moskauer Exekutive, die nicht direkt zum Bolschewismus gehören, einfach um Stipendiaten von

In England, Belgien und Holland.

Reiseindrücke von Adolf Braun.

I.

Vor dem Kriege machte man Reiseführern oft den überhässlichen Vorwurf, daß sie Frankreich oder Italien erndtet zu haben meinen. Demals wußte man so viel über die europäischen Länder, daß eine gewisse Kühnheit dazu gehörte, über sie in einigen Reisetextenpöten etwas Neues über ein europäisches Land oder Volk sagen zu wollen. Heute ist es anders. Hinter der zinnernen Mauer, die zwischen den Völkern Europas der unheilvolle aller Kriege erstellt hat, hat sich gar vieles geändert, seitdem die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen gar bitteren Gefühlen der Entfremdung und der Enttäuschung gewichen sind. Ging vor einem Jahrzehnt in jedem Sommer ein Strom von Menschen aus Westeuropa nach Mittel- und Südeuropa und von Mitteleuropa nach Süd- und Nordfrankreich, nach Belgien und nach England, so ist dieser Verkehr heute auf ganz wenige Menschen und auf engbegrenzte Fristen beschränkt. Abseelen von einer mehr formalen Passkontrolle, war der Verkehr zwischen den Ländern gänzlich unbehindert, kein Paß, keine Ausweispapiere, in England keine polizeiliche Anmeldung wurden gefordert, um von Deutschland einzutreten. Heute sind alle möglichen Formalitäten notwendig, die Dringlichkeit der Reise, die Darmlosigkeit des Reisenden müssen den heimischen und den fremden Behörden erwiesen werden. Zahlreiche Paßgebühren werden abgemessen, weil man deutsches Geld nicht ins Ausland tragen lassen will, weil die Ausländer die Deutschen nicht bei sich sehen wollen. Die ausländischen Behörden bei uns wagen oft auch dann nicht, die Reisefreiheit zu erteilen, wenn für sie kein Grund für die Ablehnung vorliegt, sie lassen sie erst in ihrer Heimat gewähren. Sind alle Polizeiverordnungen überwunden, so kann man berechnen, daß einem der Paß schon mehr Mühe gekostet hat, als vor dem Kriege als gesamte Reisefreien notwendig waren. So verlangt Belgien von einem Deutschen lediglich für das Recht auf Durchreise, ohne das Recht auf die Rückreise, ohne das Recht, in Belgien die Reise zu unterbrechen, 300 M. Das Recht auf den Aufenthalt wird zeitlich ganz genau begrenzt; langt man im fremden Lande an, wird die Dauer des Aufenthalts, die die auswärtige Poststelle, sei es selbst die Postamt des Landes, gewährt hat, bei der Ankunft auf fremdem Boden noch auf ganz kurze Frist eingetrennt. Dazu kommen Verpflichtungen zur Anmeldung und Abmeldung, es geschieht also alles, um dem Deutschen das Reisen ins Ausland abzugewöhnen und um seine Sehnsucht nach einer Wiederholung aufkommen zu lassen. Der Frieden ist zwar geschlossen, aber man erschwert das gegenseitige Verständnis der Völker, man häßt nicht den wirklichen Frieden zwischen den Nationen an, man erschwert gegenseitig, das Menschliche zu empfinden und an sich empfinden zu lassen.

Das man endlich alle Formalitäten erledigt und sitzt man im Eisenbahnwagen, so muß man mit Geduld und Gemütsruhe die vielen Paßkontrollen ertragen, deren Rigorosität fast so groß wie

ihre Benützung ist. Der Schreiber dieser Reiseindrücke hat sechs Paßkontrollen auf dem Weg von Ostende bis Ventheim durchgemacht.

Doch sprechen wir nun von den Eindrücken! Natürlich will ich nicht erzählen, daß der Tower und daß die Pauluskirche noch stehen. Ich könnte freilich erzählen, daß an dem gewaltigen Parlamentsspalast der Welt, am Westminster in London, große Gerüste stehen, daß manche Plänen in dem überdacht gebaute Gebiete in der City bei der Bank von England, nahe den Ministerien, auch an anderen Stellen Londons zu beobachten sind, aber die das englische Volk nichts erfahren ließ, wohl gerade, weil sie von Zeppelins herabsehen dürften. Als Deutscher in London nach diesen Ursachen zu forschen, empfiehlt sich nicht. Zurückhaltung in Gesprächen über den Krieg schien mir auch auf englischem Boden sehr notwendig. Aber das erlaube ich wohl, daß jeder Angriff der Zeppeline zwar nicht die Kraft Englands, aber den Einfluß der Friedensfreunde, ihre Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, überaus erschwert hat. Ein ganz entschiedener Deutschenfreund, mit dem mich freundschaftliche Beziehungen verknüpfen, sagte mir, daß er nicht fassen konnte, daß die Deutschen irgendeinen Nutzen durch die Zeppelinsangriffe zu erreichen hofften. Wie wenig die Deutschen das englische Volk verstanden, habe man erst erkannt, als die Oberste Heeresleitung meinte, mit dem Zeppelin in England irgendeine andere Wirkung ausüben zu können als die der äußersten Verschärfung des englischen Kriegswillens.

Jetzt Tage verbrachte ich in England. Die Zeit war viel zu kurz, um sich ein Urteil über England, auch nur über die mich besonders interessierenden Fragen und Personenkreise zu bilden, so über die Tiefe der Verbrennung der Engländer gegen die Deutschen und über das Problem, wie man diese beiden doch zueinander gehörenden Nationen wieder einander näherbringen könnte. Leicht könnte man aus meinen Erfahrungen viel zu günstige Antworten auf diese Fragen erhalten. Ich will bloß erzählen, was ich selbst im Kreise von Sozialdemokraten erfahren habe. Diese gehörten fast ausnahmslos dem Kreise der Intellektuellen an. Es waren leitende Männer der Fabian Society und der Labour Party, dann auch vereinzelte Angehörige anderer Parteien. In dem sehr intensiven Verkehr habe ich niemals eine auch nur entfernte als Unfreundlichkeit zu deutende Haltung oder Geste bemerkt. Man kam mir stets auf das Liebendste entgegen, man zeigte das lebhafteste Interesse an den deutschen Verhältnissen, das sich in einer Fülle fast ausnahmslos ausgezeichneter formulierter Fragen äußerte. Der Glaube an die Kraft und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, an seine geistigen Fähigkeiten, an seinen kraftvollen Willen war ganz allgemein. Für alle Erörterungen über Mittel und Wege, Deutschlands Lage zu verbessern, die Last des Versailler Friedensvertrages zu erleichtern, war viel Aufmerksamkeit vorhanden.

Das Urteil aller Engländer, mit denen ich in Berührung kam, über Lloyd George war abweichend und unfreundlich. Man war erkennt, von mir zu hören, daß man in Deutschland über seine Fähigkeiten, über seine staatsmännische Begabung vielfach sehr günstig urteilte.

Von Produkten, die man als deutsche erkennen konnte oder die das Made in Germany aufgedruckt hatten, sah ich, abgesehen von

einigen ganz alten elektrischen Maschinen, nicht das Mindeste. Erst in Holland sah ich wieder in Deutschland hergestellte Autoschlarten. Doch sind die Leistungen der Engländer auf diesem Gebiete sehr respektabel geworden. Die englischen Produkte: Wagen, Maschinen etc., was man in den Auslagen sieht, haben mir einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Die Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland scheinen stark gestiegen zu sein. Ein aus Deutschland stammender Kaufmann aus der City, dessen persönliche Beziehungen zu Deutschland, trotz seiner englischen Staatsangehörigkeit, sehr intim sind, sagte mir auf die Frage nach Japans Stellung im Handel, daß sich die Japaner durch ihre Unsolvenzität das Geschäft gründlich verderben. Niemand wolle japanische Waren kaufen, und mit Japan mache man am liebsten nur reine Bargeschäfte. Die japanischen Aktien entfallen in der Regel nicht so viele Waren als man im Vertrauen für die Versicherung des Lieferanten bezahlt. Weit lieber als mit Japan würde der englische Kaufmann auch jetzt mit Deutschland Geschäfte machen. Aber die Preise der deutschen Waren seien heute so hoch, daß der Engländer, rein kaufmännisch betrachtet, nicht mehr kaufen könne. Dazu komme die Unsicherheit des Kursstandes der Mark, der in bestimmten Zeitpunkten günstige Geschäftsbeschlüsse mit Deutschland machen lasse, die aber oft sehr ungünstig ausfallen, weil beim Eintreten der Zahlungspflichtung ein ganz anderer Preis im englischen Gelde zu zahlen sei, der dann die Ware unerkäuflich macht. Nicht die Abwertung gegen deutsche Waren, die zwar vorhanden ist, aber zu überwinden ist, und die sich abschwäche, oder die Unsicherheit unseres Geldweises erschwere die Wiederannähme des Handelsverkehrs. Auch von gelehrten nationalökonomischen Seite wurde mir versichert, daß für die englisch-deutschen Geschäftsbeziehungen von ausschlaggebender Bedeutung wäre, daß man mit einer Stabilität des deutschen Geldweises rechnen könne. Ein Universitätsprofessor bewährte sich bei mir über die ihm unverständlichen Maßnahmen der deutschen Regierung, die den Kauf deutscher wissenschaftlicher Werke in England den Gelehrtenkreisen unerschwinglich machen. Und doch ist nichts wichtiger für die Gesundung der englisch-deutschen Beziehungen, als wenn die des Deutschen mächtigen Schichten der englischen Bevölkerung, die ihrer ganzen Stellung nach eine besonders starke Einwirkung auf die Bildung der öffentlichen Meinung haben, nicht gehindert werden, deutsche Bücher zu kaufen, und die Möglichkeit erhalten, sich aus deutschen Zeitchriften über die Entwicklung Deutschlands und über die geistigen Strömungen im deutschen Volke aufzuklären.

Es war mir nicht möglich, auf englischem Boden eine deutsche Zeitung zu kaufen. Ich sah sie nur in den Bureaus der Labour Party (der Arbeiterpartei), die weit besser eingerichtet sind, als die Räume anderer Parteivorstände. Auch die Zahl der dort tätigen Personen ist erheblich größer. Die Ausgaben für das Bureau sind, in Paris umgerechnet, ein Vielfaches unserer Ausgaben. Neben dem Haupte, das der Arbeiterpartei gehört, steht das Haus, in dem die Bureau des Labour Research Departement eingerichtet sind. Viele Einrichtungen, die der Erforschung der Arbeiterverhältnisse dient, wird erhalten von der Arbeiterpartei, den Gewerkschaften, den Genossenschaften, auch zahlreiche Parteimitglieder zahlen besondere Beiträge

Moskau handelt, um Vertreter, deren Bewegungen ohne russisches Geld zusammenbrechen würden, also um Werkzeuge der russischen kommunistischen Partei. Auch die „Freiheit“ schließt ihre Ausführungen, wie Bedebour, mit einem Hinweis auf den „unduldsamen, sektiererischen Geist und die Unannehmbarkeit der Moskauer Bedingungen“.

Der Kampf um die „Freiheit“.

Die „Freiheit“ sieht sich heute genötigt, einen Beschluß der Prekmission abzugeben, der ihrer Redaktion „das schärfste Mißtrauen“ ausdrückt. Da eine Verbandsgeneralsammlung vor dem Parteitag nicht mehr einberufen werden soll, sollen die Distrikte zu diesem Beschluß Stellung nehmen, worauf die Prekmission erneut zusammentreten will.

Die Redaktion teilt mit, daß die Mißtrauenserklärung nur von 15 der 28 Kommissionsmitglieder (also doch der Mehrheit!) unterzeichnet ist. Sie erklärt, der Beschluß der Kommission bezwecke, die Partei vor bestimmte Tatsachen zu stellen. Die Redaktion ließe sich nicht an ihren Posten, müsse aber verlangen, daß in der Partei das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt werde, solange die Anzeigen noch keine diktatorischen Befugnisse hätten. Schließlich beklagt sie sich, daß man in den Distrikten Mißtrauenserklärungen gegen sie annehmen lassen wolle, ohne daß sie Gelegenheit gehabt hätte, sich vor den Parteigenossen zu äußern.

Allem Anschein nach kämpft die Redaktion auf einem verlorenen Posten. Sie wird alsbald, entsprechend dem Moskauer Diktat, überzeugten Kommunisten Platz machen müssen.

Landarbeiternot in Ostelbien.

Zu unseren ausführlichen Mitteilungen über die trostlose Lage der Landarbeiterschaft auf zahlreichen östlichen Rittergütern, die wir in Nr. 463 unseren Lesern zur Kenntnis brachten, ist uns von unerwarteter Seite eine Bestätigung zugegangen, nämlich von dem Besitzer des Rittergutes Vorkendorf selbst. Zwar nennt er die Zuschrift, die er an uns richtet, in gänzlicher Verkennung des Brezgejeses eine Verächtigung, doch geben wir gern unseren Lesern Punkt 1 seiner Ausführungen im Wortlaut zur Kenntnis. Er schreibt:

Es ist richtig, daß in den Stuben sehr vieles in Unordnung ist, richtig ist, daß in alten Häusern Reparaturen notwendig werden, die bei mir, nachdem ich davon unterrichtet bin, sobald als möglich ausgeführt werden.

Aus diesen Worten des Herrn Rittergutsbesizers hört man ordentlich die Dankbarkeit heraus, daß wir ihn endlich über die Zustände auf seinem Gute unterrichtet haben. Im Punkt 2 seines Schreibens an uns bestätigt der Gutsherr weiter, daß die Schullinder in den Ferien sich an den Landarbeiten beteiligt haben, bestreitet aber, daß dies gezwungenermaßen erfolgte. Wir glauben gern, daß der Herr Rittergutsbesitzer die Kinder nicht mit der Peitsche in der Hand an die Arbeit gedrängt hat; aber die Not ist auch eine Peitsche, und wer unter ihrem Joch schon als Kind arbeiten muß, dessen Arbeit kann nicht mehr als freiwillig bezeichnet werden.

Noske über Deutschlands Lage.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, der frühere Reichswehrminister Noske, hielt den Unterwesern einen Besuch ab. Vor unseren dortigen Genossen hielt er eine Rede über die politische Lage, in der er u. a. einem Bericht der „Allg.“ zufolge, hervorhob:

Im Augenblick in die jetzt rein bürgerliche Regierung einzutreten, liegt für die Reichswehrsozialdemokratie kein Anlaß vor. Die Unabhängigen haben auf die gegenwärtige Regierung lange nicht so geschimpft, wie auf diejenige, in der die Reichswehrsozialdemokraten vertreten waren. Wenn die gegenwärtige Regierung gekürzt wird, entsteht die Frage, was dann kommt. Eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie ist bei dem Verfall der unabhängigen

für dieses Bureau, in dem sehr viel gearbeitet wird, und aus dem wichtige Veröffentlichungen stammen.

Ueber das, was ich sonst in London und Südenland gesehen habe, will ich im Interesse des sehr engen Raumes nicht mehr berichten.

Das gefährliche Schwefel. Kürzlich erlitt ein junger Londoner Arbeiter beim Reinigen eines Essiggefäßes durch die dem Paß entweichenden Gase den Tod, und ein gleiches Schicksal ereilte mehrere Bootsführer, die beim Entladen eines Schiffes durch die Gase getötet wurden, die einer Wasserdampfer entstammten. Wie einem Mitarbeiter der „Daily News“ anlässlich dieser aufsehenerregenden Todesfälle von Sachverständiger Seite erklärt wurde, entwickeln Erdbeeren, Datteln, Judder, Kartoffeln und Getreide, die unter normalen Umständen völlig harmlos sind, tödlich wirkende Gase, wenn sie dem Schwefel zugänglich sind.

Salvarandentwurf des Wohlfahrtsministeriums. Der bekannte Voltaire a. D. Dr. Dreum, Mitglied des Reichs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium, wurde vom Wohlfahrtsminister amtlich beauftragt eine Denkschrift über die Salvaranfrage auf Staatskosten zu verfassen unter der Bedingung der redaktionellen Prüfung durch das Ministerium.

Theater. Die Operette des Theaters am Kollndorfsplatz „Wenn Liebe erwacht“, die auf der Linie zur Komischen Oper erwachen will, konnte gestern befristet auf die 26. Wiederholung besorgen. Die leidenschaftlichen Fans ihrer herrlichen Bilder, geschöpft aus der Lebensluft der Eugénien-Zeit, zeigen das Auge anheimeln. Der Blick zur Komik, ihre feine laubere Feinheit, der Gehmaß auch des barocksten Humors, der gut verteilt und prächtig getragen (vor allem durch Clara Baldoff's wohlwollig-rassige Natur) in die Handlung gestochen ist, machen die Stunden zur angenehmsten Unterhaltung.

Das kleine Schauspielhaus bereitet als nächste Neuhheit für Anfang Oktober Karl Schindlers „Kindertragödie“ vor.

Eine antarctische Expedition hat am Montag London verlassen. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wird von Comte geführt, der bereits an der Expedition Expeditionsleiter teilgenommen hat. Die Dauer der Expedition soll sieben Jahre betragen. Es soll versucht werden, den Südpol auf dem Luftwege zu erreichen.

Karl Ludwig Schleich. Der Karl Schleich als Künstler lebt und seine reiche Kulturpersönlichkeit schätzt wird als Ergebnis seines Vortragens eigener Dichtungen im Westfalen am Sonnabend offen ansprechen, das weder der Vortragende noch die Dichtungen sich für diese Art der Publikation eignen. Schleich ist kein guter Interpret seiner Schöpfungen, und diese müssen von einzelnen gelesen, nicht aber vor einem Vortragpublikum zur Kenntnis gebracht werden. Dann verhalten sie sich unglücklich und schienen müde: sogar total. Schleich sprach in einem fast militärischen Tone, der auch die letzten lyrischen Wirkungen untergehen ließ. Auch hatte man den Eindruck, er wolle das Geben, was sein wenig Wertvolles ist. Jedenfalls hören wir nichts von dem, was wir an Schleich lieben.

Weinhandelspläne. Max Reinhardt wird seine Interessen zunächst der Vorbereitung des Salzburger Festspielhauses zuwenden, dessen Bau nach den Plänen Alfred Hollers bereits im nächsten Monat beginnt. Die Eröffnung unter Reinhardts Leitung ist für den 15. Juli 1921 in Aussicht genommen.

Sozialdemokratie ebenso ausgeschlossen, wie mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen. Eine Uebernahme mit den Nationalen ist gleichfalls ausgeschlossen; insfolgedessen müssen wir die Zeit reifer werden lassen, um dann an Neuwahlen zu denken.

Weiter berührte Genosse Noske die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er wies auf die Bedrückungen durch die Entente hin und erklärte, wenn alle Forderungen, die die Feinde an Deutschland stellen, durchgeführt werden sollten, müßte jeder Familienvater im Jahre 4500 R. Steuern aufbringen. Das sei unmöglich.

Kommunistenumtriebe in Amerika.

Paris, 28. September. Die „Chicago Tribune“ meldet: Der frühere russische Sekretär Scheschbach wurde gestern in Chicago vor Gericht vernommen. Es wurde aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren festgestellt, daß die Moskauer Regierung mit etwa 50000 amerikanischen radikalen Beziehungen unterhalten hat und daß von Moskau aus riesige Geldsummen zu Propagandazwecken nach Amerika geschickt worden sind. Wie aus den Papieren hervorgeht, sind allein 50000 Dollars nach Chicago geschickt worden.

Reichsverkehrskonferenz in Würzburg. Laut „München-Kuglburger Abendzeitung“ ist für Ende dieser Woche eine Reichsverkehrskonferenz durch den Reichsverkehrsminister nach Würzburg einberufen worden, die sich mit der allgemeinen Verkehrsfrage im Reich beschäftigen wird.

Groß-Berlin

Hausrat.

Im Schöneberger Rathaus veranfaßten Frau Dr. Müller-Oestreich, die Deputierte des Reichswirtschaftsministeriums, und der Architekt Rabach eine Ausstellung der Gemeinnützigen Gesellschaft „Hausrat“.

Es werden mehrere Zimmereinrichtungen gezeigt, die durch gefällige Formen und zum Teil durch ihren farbigen Ladanstrich auffallen. Da ist z. B. ein leuchtend ultramarines Schlafzimmer und eine feuerrot lackierte Küche, die übrigen Möbel sind hell und dunkel gezeichnet. Die Einrichtungen stammen aus den Werkstätten der Architektin Heinrich Tessenow, Riemerstr. 10, Rabach, Spangenberg, Kunstgewerbeschule Kiel, Röhler, zum Teil ist Kleberholz, Kirschholz, Eiche verwendet worden, auch ein Papierstoffspiel von Heideich ist zu sehen. Papierstoff in Blau ist einmal in einem Herrenzimmer von Rabach für Möbelbezüge verarbeitet worden. Auch sonst findet man noch Papierstoff, z. B. für Bettdecken, im hellen Farben. Wie sich diese Papierstoffe im täglichen Gebrauch bewähren, läßt sich aus der Ausstellung nicht ersehen. Vielleicht sind sie brauchbar, vielleicht auch nicht, es ist damit, wie mit den farbigen gezeichneten Einrichtungen, die im neuen Zustand ausgezeichnet werden. Vielleicht wäre es im Interesse der Aussteller dieser Arbeiten empfehlenswert, derartige Versuchssubjekte in gebrauchtem Zustande dem Publikum vorzuführen. Es würde die meisten Kreise interessieren, wenn einmal eine Hausrat-Ausstellung veranstaltet werden würde, zu der nur Arbeiten zugelassen werden dürfen, die mindestens ein Jahr in einem Haushalt für den die Stücke geschaffen wurden, nachweislich gebraucht worden sind.

Außer Zimmern und Büchereinrichtungen sind einfache Wirtschaftsküchen ausgestellt. Sehr gute Tomaten fandte die Mojikil-Manufaktur Karlsruhe, Punglau, und die Keramische Handwerkskunst Vellien aus Hellaun kamen ausgezeichnete Messingarbeiten. Der Botanische Garten, Dahlem, zeigt geschmackvolle Anordnungen von Zimmerpflanzen. Brauchbares hübsches Glaszeug fehlt. Dagegen ist die Abteilung Hauskleider sehr reich, aber, wie schon an anderer Stelle erwähnt, wenig glücklich beschnitten. Die Betriebswerkstatt Berlin hat warme Winterhausbekleidung zu billigen Preisen ausgestellt. Planchschachen, für unseren kalten Winter bestimmt. Eine Schürze fällt auf, aus der Vestalossi-Fröbel-Schule, praktisch in Schnitt und Stoff, hübsch verziert mit einfacher, waschechter Häkelspitze. Von solchen Arbeiten sollte man verschiedene Dutzende aufstellen.

Ganz kleiner Hausrat, geflochtene Röhrtischen, Leinwandarmen und andere Handarbeiten sind reichlich vertreten, die einfachen farbigen Stoffen von Rabach fallen angenehm auf.

Eine Schieber-Existenz.

Vom Chauffeur zum Millionär.

Eine treffende Illustration für das Zustandekommen einer Schieberexistenz, wie sie der Krieg in Massen großgezogen hat, bildet der folgende Polizeibericht über das Leben eines solchen Schmarobers, der es vom Chauffeur zum Schlagfabrikanten brachte und dann hinterherhin Spielklubunternehmer, Vordellbesitzer und schließlich Millionär wurde.

In Hamburg wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei ein gewisser Edmund Breil verhaftet, der wegen großer Teppichdiebstähle seit Mai d. J. eifrig gesucht wurde. Breil war im Jahre 1915 im Kriegsdienst Kraftwagenführer in Hamburg. Von dort wurde er dann nach Berlin veretzt. In Berlin wurde Breil bald Chauffeur des Vizepräsidenten von Payer, kam so aus der Kaserne heraus in eine Privatwohnung und gewann viel freie Zeit. Diese benutzte er dazu, in der Wilhelmstr. 1a eine Schlagfabrik zu gründen. Im Betrieb stand ihm seine Geliebte, die er dann heiratete, zur Seite. Seine „Schlagfabrik“ bestand aus Cellulosefaser, Gelatine und Wasser. Die Fabrik begann mit einem Betriebskapital von 800 R., und Breil besah nach 1 1/2 Jahren bereits 400 000 R. Aber trotz der Billigkeit seiner Rohstoffe kamme dieses Vermögen doch wohl nicht allein aus der Schlagfabrikfabrik. Es verlor die meiste, daß Breil den größten Teil durch Hehleregeschäfte erworben habe. So geriet er auch in den dringenden Verdacht, die schweren Orientteppiche, die am 16. Juni 1918 bei Quantmeyer u. Ende in der Wilhelmstraße gestohlen wurden und damals schon über 200 000 R. wert waren, von den Einbrechern erworben zu haben. Als man ihn festnehmen wollte, ergab sich, daß er aus seiner luxuriös eingerichteten Sechszimmerwohnung in der Wilhelmstr. 146/47 auszugehen war und in Düsseldorf für eine Viertelmillion die Villa des Ersten Staatsanwalts gekauft hatte. Hier hatte er einen Spielklub betrieben. Nach dem Verkauf der Villa war er jedoch wieder verschunden. Der Verkauf allein hatte ihm wieder 100 000 R. eingebracht. In der Villa fand man zwar nicht die Teppiche von Quantmeyer u. Ende, wohl aber andere Orientteppiche, im ganzen 91, die zum Teil als geflochten erkannt sind.

Breil wurde jetzt in Hamburg ermittelt und verhaftet. Hier hatte er in der Wilhelmstr. 40 ein Vordell erworben, dessen Betrieb ihm nach Belandung von Frauen täglich eine Reineinnahme von 15000 R. einbrachte. Die Einrichtung selbst hat einen sehr hohen Wert. Für die Spielerei der nach Verfall der Muster eingerichteten Galerie allein wurde ihm eine Viertelmillion Mark geboten. Der Verhaftete wurde nach Berlin veretzt und von der Kriminalpolizei eingehend verhört. Er bestreitet die Hehlerei und behauptet, daß er alles, was man bei ihm fand, auf redlichem Wege erworben habe.

Ein unauferklärter Todesfall.

Beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. In der Pringelstr. 80 wohnt die Familie des Schankwirts Schröder, bei der als Wamsfeld eine 68 Jahre alte Helene W o r t z aus der Seestr. 55 an Reinholdsdorf beschäftigt war. Gestern nachmittag Nagte die Frau über

heftiges Unwohlsein. Heute früh fand die Wirtin die 68jährige unter eigenartigen Umständen tot auf. Sie lag, nur mit dem Hemde bekleidet, mit dem Kopf in einem Eimer, der neben der Wasserleitung stand. An der Stirn hatte sie eine fingerlange, flammenförmige Wunde, die die Schädeldecke freigelegt hat. Es muß angenommen werden, daß die Kranke plötzlich heftiges Unwohlsein verspürt hat, aufgestanden ist, um zur Leitung zu gehen und dabei umgefallen und mit dem Kopf aufgeschlagen ist. Sondernbereinigt aber findet sich keine Stelle, die Blutspuren infolge des Aufschlagens aufweist. Vollständigen Aufschluß über diesen Todesfall dürfte erst die Obduktion ergeben. Die Leiche wurde deshalb, nachdem sie fotografiert worden war, nach dem Schauhaufe überwiesen.

Zu dem Mord an dem Kaufmann Engelmann in der Anienstraße wird mitgeteilt, daß die Frau des Ermordeten von Schneidemühl hierhergebracht und von Kriminalkommissar Legtmeyer eingehend verhört worden ist. Sie weiß jeden Veracht, mit dem Verbrechen irgendwie zu tun gehabt zu haben, entschieden von sich. Angehalten wurde in der vergangenen Nacht am Weidenweg ein Mann, auf den die Beschreibung des Mörderpaars, der gleich nach dem Mord gesehen wurde, als er das Haus verließ. Er bestreitet die Tat. Vorläufig wurde er in Gewahrsam behalten, um Zeugen gegenübergestellt zu werden.

Was soll man gegen die Gasperre tun?

Unsere Hausfrauen wissen ein Lied davon zu singen, welche Unbequemlichkeiten ihnen die immer noch bestehende Gasperre auferlegt. Nur zu oft ist es unmöglich, sich in der Hauswirtschaft so einzurichten, daß man in den Sperrstunden nicht zu kochen braucht. Unter der Gasperre haben aber auch die dunklen Tagen des vorigen Winters aus Geschäfte und Behörden gelitten, die für ihre Kontors und Bureau auf Gaslicht angewiesen waren.

Für die Bureau des Waisenhauses der Stadt Berlin hat das Waisenamt auf Abhilfe gekonnt, und es ist auf den nahegelegenen Gedanken verfallen, die Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Der Magistrat hat diesen Vorschlag gebilligt und ersucht nun die Stadtkommission um Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Umänderung der Beleuchtungsanlagen. In der Begründung seines Antrages weist er ausdrücklich auf die Gasperre und die im letzten Winter aus ihr entstehenden Schwierigkeiten hin und sagt: „Da auch in diesem Winter die Kohlennot und die Gasperre anhalten wird, so würden sich diese Unzulänglichkeiten wiederholen.“ Daß auch elektrisches Licht nicht ohne Kohlen hergestellt werden kann, davon schweigt der Magistrat.

Man sieht, wie Behörden sich zu helfen wissen. Was, wenn es doch den Hausfrauen ebenso leicht wäre, sich den durch die Gasperre verursachten Unbequemlichkeiten und Erschwernungen zu erwehren? Wohlhabende Leute können es sich leisten, das Beispiel des Magistrats nachzumachen und die Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Wer's aber nicht dazu hat, der muß sich weiter mit Gas begnügen und unter der Gasperre leiden.

Die Auflösung des Wohnungsverbandes. Das Inkrafttreten der neuen Stadtgemeinde Berlin mußte die Auflösung des Wohnungsverbandes als kommunalpolitische Notwendigkeit zur Folge haben. Ein Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers ordnet nunmehr an, wie sich die Auflösung des Verbandes und die Ueberführung seiner Geschäfte auf die neue Stadtgemeinde und die beiden Restkreise Teltow und Niederbarnim in schnellster Weise praktisch zu vollziehen hat. Demnach gehen sämtliche Geschäfte betreffend den Mieterstand, die Höchstmietregelung, die öffentlichen Wohnungsbenutzungsstellen, das Flüchtlingswesen und dergleichen bereits am 1. Oktober auf Berlin und die Restkreise über. An der Verteilung neuer Reichszuschüsse zu neuen Bauten wirkt der Wohnungsverband nicht mehr mit. Die begonnenen übrigen Geschäfte werden dagegen beibehalten und von den bisherigen Organen des Verbandes abgewickelt und am 1. Dezember d. J. auf Berlin und die Restkreise übertragen. Mit diesem Tage gehen die Bureau des Verbandes auf Berlin über, während gleichzeitig die Restkreise auscheiden. Die Leitung des Verbandes liegt auch während der Abwicklungszeit in den Händen des bisherigen Geschäftsführers des Wohnungsverbandes, Stadtbaurats a. D. Weuster, der am 1. Dezember, am Tage der Auflösung des Wohnungsverbandes, aus dem Groß-Berliner Kommunaldienst ausscheidet.

Bürgermeister Dr. Warckh beurlaubt. Durch Beschluß des Bezirksausschusses zu Potsdam ist bekanntlich das durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Potsdam gegen den Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Dr. Warckh mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amte eröffnete Disziplinarverfahren mit Rücksicht auf das Ergebnis der Voruntersuchung eingestellt worden. Eine Mitteilung des Reichsberger Magistrats an die Stadtkommissionenversammlung besagt, daß Dr. Warckh auf Beschluß des Magistratskollegiums bis zu seiner eventuellen Beschäftigung durch den Magistrat Berlin beurlaubt worden ist, da die Stimmung sehr vieler Mitglieder der städtischen Körperschaften gegen Dr. Warckh eine sehr erregte ist, die ein gezieltes Zusammenarbeiten nach Ansicht des Magistrats unmöglich macht.

Die Nordostgruppe Seimadtreuer Oberlehrer Groß-Berlin veranfaßt am 30. Sept., prägn 7 Uhr, in den Räumen der Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee 242/247, einen Duzen Abend.

Ueber die Weltmission der Läufer spricht Pfarrer Dieler heute 7 1/2 Uhr in der Aula, Cassstr. 36.

Schneberg. Stadtbaurat Dr. Wagner will zum 1. Oktober 1920 aus dem Dienst der Stadt ohne Anspruch auf Ruhegehalt entlassen werden, um das Amt des Geschäftsführers des von ihm gegründeten „Verbandes sozialer Vanbetriebe“ zu übernehmen. Stadts. Prof. Lassen soll gegen Dänen weiter die teilweise Leitung des Bauamtes haben, mit der er schon seit einiger Zeit als Dezernent betraut ist. Die Stadtkommissionenversammlung hat zugestimmt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 28. September.

Such. Die letztmalig für heute angelegte Versammlung findet morgen Mittags statt.

Angewandte politische Veranstaltung. Ortsgruppe Tempelhof. Die in der heutigen Vorkonferenz anstehende Veranstaltung der Suche findet nicht statt. Die Mitglieder der S. U. besuchen den von der Gemeindeforschungskommission veranstalteten Vortrag „Die Arbeitslosen“ im Ruzum Tempelhof, Germaniastr. 6. — Nach Schluß des Vortrages treffen sich die Mitglieder zwecks Bekanntgabe wichtiger Informationen vor dem Ausgange des Ruzums.

Morgen, 29. September:

28. Abt. 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung in der Schulhaus, Schindlerstr. 166 a. Referent: Genosse Reimann über „Die politische Lage.“ — Die Bezirksführer wollen an diesem Tage mit dem Abteilungsleiter abrechnen.

Schwerhörigen-Gruppe. 7 Uhr Versammlung bei Paul Reimer, Kommandantenstr. 46. Bericht über Angelegenheiten. — Anstalt in Schwerhörigen-Angelegenheiten aller Art erteilt Gehör, Berlin, Dramenstr. 116, I. links, von 5-8 Uhr abends Auskunft über Hörsprache erteilt Julius Hepper, Berlin, Landsberger Allee 149, abends nach 6 Uhr.

Treppow-Vaunsaunweg. 7 1/2 Uhr abends: Mitgliederversammlung bei Daniel, Am Treppow Park 67. Tagesordnung: 1. Der Kampf um den Magistrat für das neue Groß-Berlin. Referent: Stadts. Gen. Dag. 2. Bericht von der Kreisversammlung des 15. Kreises und vom Bezirksrat Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.

Nächtigung, Parteigenossen!

Nachm. 6 Uhr: Frauenversammlungen im Lehrereinkommenshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: Die 35 218/219 des Strafgesetzbuches (Unterbrechung der Schwangerschaft). Referent: Genossin Böhm-Schwarz, M. d. R. und Genosse Prof. Dr. Radbruch, M. d. R. — Tempelhof 601 Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Sande, Ringbahnstraße.

Gewerkschaftsbewegung

Staatsbetriebe — Staatsaufträge.

Die ehemaligen Heeres- und Marinebetriebe sind laut Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Oktober 1919 umzuwandeln. Diese Umdenkung ist nach sachmännischem Urteil gelöst. Die Betriebe sind zu voll leistungsfähigen Werkstätten umgestaltet und infolgedessen die verschiedenen Fabriksysteme in besserer Qualität zu liefern. Insbesondere eignen sich diese im Staatsbesitz befindlichen Deutschen Werke A. G. zur Herstellung alles dessen, was der Staat für Eisenbahn, Post usw. gebraucht. Die bereits ausgeführten Lokomotiv- und Wagonreparaturen und Anfertigung von Einzelteilen beweisen die Leistungsfähigkeit. Aber die von den einzelnen Ministerien, Eisenbahn wie Post gegebenen Aufträge sind so gering, daß nur ein Teil der Arbeiterkraft beschäftigt werden kann und das in großem Maße investierte Kapital für den Staat nicht nutzbar wird. Obgleich sich Direktion und Vertreter der Arbeiter bemühen, an den Reichsstellen Gehör zu finden, muß festgesetzt werden, daß dort noch einige Leute mit maßgebendem Einfluß sitzen, die in systematischer Weise die Reichswerke bei der Vergabe von Arbeit boykottieren.

Die Privatindustrie und Handwerker haben Aufträge großen Stils erhalten, die Reichswerke müssen um Arbeit betteln. Dieser skandalöse Zustand führt jetzt dazu, daß einem erheblichen Teil der Arbeiterkraft des Reichswerks Spandau wegen Mangel an Arbeit gekündigt werden muß. Die Arbeiterkraft hat dazu Stellung genommen und ist gewillt, mit den schärfsten Mitteln diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, welche in so skrupelloser Weise die Staatsinteressen schädigen.

Die Arbeiterkraft hat ein großes Interesse am wirtschaftlichen Aufbau der Werke und des Reichs und ist gewillt, ihre Arbeitskraft voll in den Dienst zu stellen. Dazu ist aber nötig, daß die Reichsstellen den Reichswerken sofort Aufträge erteilen.

Die politischen Organe der Arbeiter haben die Pflicht, sich sofort dieser Sache anzunehmen. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Oktober 1919 muß dahin erweitert werden, daß die Aufträge vergebenden Ministerien die Staatsbetriebe in erster Linie zu berücksichtigen haben.

Die von allen Seiten gepredigte Sparsamkeit muß die Reichsstellen veranlassen, sich der Reichswerke mehr anzunehmen. Die Kriegswirtschaft hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie der Staat und damit die Steuerzahler von der Privatindustrie geschöpft wurden. Es sei hier daran erinnert, daß bereits im „Vorwärts“ Nr. 366 vom 16. Juli 1920 auf die Aufgaben hingewiesen wurde, welche die Staatsbetriebe gegenüber den Reichswerken haben. Dieser ist aber nicht das Geringste geschehen, was auf eine Besserung schließen läßt. Möge man sich an den maßgebenden Stellen endlich des Ernstes der Lage bewußt werden.

Die Forderungen der Gemeindefürsorge.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Zentrale Berlin), die stark besucht war, fand Montag im Lokal „Königsbäum“ statt, um zu den Anträgen zum 6. Lohnrat in Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende herzlich die allrussische Gewerkschaftsdelegation, die neun Köpfe stark erschienen war. Die Versammlung hörte dann einen einstündigen Vortrag des Vorsitzenden K. S. W. vom allrussischen Gewerkschaftsverband. Der Redner entwickelte in seinem Vortrage die gleichen Gedankengänge, die er in der von uns berichteten Versammlung in der „Neuen Welt“ vorgebracht hatte.

Nach einem eingehenden Referat von Polensky über die Anträge zum 6. Lohnrat und einer lebhaften Debatte wurden folgende Forderungen beschlossen: Stundenlohn für ungelernete Arbeiter 5,50 M., für angelernte Arbeiter 5,70 M., für Handwerker 5,50 M., für Jugendliche von 14 Jahren 3,50 M., von 15 Jahren 3,80 M., von 16 Jahren 4,30 M., von 17 Jahren 4,80 M., für Kindererwerbsfähige 4,80 M. Stundenlohn für Arbeiterinnen: ungelernete 4,70 M., angelernte 4,80 M., qualifizierte 4,90 M., Jugendliche von 14 Jahren 2,80 M., von 15 Jahren 3,30 M., von 16 Jahren 3,80 M., von 17 Jahren 4,30 M. und Kindererwerbsfähige 3,80 M. — Dazu sind folgende monatliche Lohnbeiträge zu gewähren: Jugendliche unter 18 Jahren 65 M., Ledige über 18 Jahre und Verheiratete 150 M., für jedes noch zu verzehrende Kind unter 18 Jahren 75 M. — Das Personal der Müllabfuhr erhält zum Lohnsatz seiner Klasse einen Zuschlag von 20 Proz. Die in der Tabelle festgelegten Löhne gelten als Mindestlöhne. Zu den Löhnen der Klasse 1—3 und 5—7 tritt bei erworbener Arbeit ein Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde. Ob solche vorliegt, wird durch die Betriebsleitung im Benehmen mit dem Betriebsrat festgesetzt. Die Arbeiter aller technischen Betriebe werden als Schmarbeiter entlohnt. — Für Überstunden über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus wird in der Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends ein Zuschlag von 80% Proz. und in der Nachtzeit von 60% Proz. gezahlt. Für planmäßige Nachtarbeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen und für nicht planmäßige Sonntagsarbeit ein solcher von 60% Proz., sowie für planmäßige Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. Soweit Frauen gleichwertige Arbeiten leisten, sollen sie den gleichen Lohn wie die Männer erhalten. Als solche Frauen gelten die Pflegerinnen in den städtischen Krank- und Pflegeanstalten. Der Tarif soll für die zwei Monate November und Dezember gelten.

Protest gegen willkürliche Entlassung.

Eine vom Zentralverband der Angestellten am Montag in der Volkshauserei abgehaltene öffentliche Versammlung von Angestellten bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigte sich

mit den Massenentlassungen bei den Behörden. Im Referat des Reichstagsabgeordneten Siebel sowie in der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Angestellten nicht für die Beschäftigung überflüssiger Arbeitskräfte einzustehen, daß sie nicht einzuwenden gegen den Abbau der Kriegsgesellschaften und die dadurch notwendigen Entlassungen, aber sie fordern, daß unvermeidliche Entlassungen nach den Grundätzen sozialer Gerechtigkeit und unter strengster Beachtung der Demobilisierungsbestimmungen vorgenommen werden. Wenn schon jeder Privatmann sich bei Entlassungen nach diesen Bestimmungen zu richten habe, so müsse das von den Behörden erst recht verlangt werden.

Nach einer in dem gleichen Sinne gehaltenen Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erheben auf das Entschiedenste Protest gegen die von der Regierung geplanten und zum Teil schon bewirkten Massenentlassungen von Angestellten. Sie erheben Einspruch gegen die fortwährende Schaffung neuer Beamtenstellen, wodurch die Angestellten von ihren Arbeitsplätzen verdrängt und die Behörden durch Schaffung eines geschlossenen Beamtenapparats wieder zu Brutstätten der Reaktion gemacht werden sollen. Die Versammelten geben dem Zentralverband der Angestellten das Mandat, die Interessen der Angestellten in jeder Weise der Regierung gegenüber zu vertreten, insbesondere hinsichtlich der Entlassungen.“

Wirtschaft

Die Arbeitsdienstpflicht.

Um der steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, hat der Wirtschaftsminister den schon früher von bürgerlicher Seite stark propagierten Gedanken der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht aufgegriffen. Man stellt sich diese Einrichtung im allgemeinen so vor, daß Arbeitsgruppen gebildet werden, Paargruppen, technische Gruppen usw. Wenn man von den heutigen wirtschaftlich freien und planlosen Verhältnissen ausgeht und glaubt, daß sie auch in Zukunft bestehen bleiben können, dann paßt sich dieser Gedanke der Aufgreifung aller Arbeitslosen von einem organisierten Arbeitslosenheer für Notarbeiten wohl ein. Die organisierte Arbeiterkraft dürfte diesem Plan jedoch kaum Sympathien entgegenbringen, der neben den Gewerkschaften ein besonderes Arbeitsheer entstehen lassen will, das sich der völligen Kontrolle durch die Gewerkschaften leicht entziehen und ein politisches Rechtsinstrument werden kann.

Die Gewerkschaften begnügen sich heute nicht mehr mit der Behandlung der Lohnfragen und sozialen Probleme, sondern sie erstreben die entscheidende wirtschaftliche Machtposition. Sie wollen durch ihre Betriebsräte einen mitbestimmenden Einfluß auf die Produktion ausüben, sie fordern heute, mitzentscheiden, was und wie produziert werden soll, denn hier liegt allein die Lösung des Arbeitslosenproblems. Das dürfte auch dem neuen Wirtschaftsminister nicht unbekannt sein.

Wir wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft Millionen-, ja Milliardenaufträge abgelehnt werden, wenn aus ihnen ein ausreichender Gewinn für das Kapital nicht mit Sicherheit in der Spekulation festgestellt werden kann. Auf die Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen, gilt im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht als notwendig noch zwingend. Privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen stehen sich hier hart gegenüber.

Es ließe sich sehr ernstlich darüber diskutieren, wie die ungelehrten Arbeitslosen geschult werden sollen, um sie für besondere Arbeitsgebiete besonders tüchtig zu machen, und es wäre sicher sehr wünschenswert, wenn das Reich die notwendigen Mittel und Einrichtungen dafür in größtem Ausmaß schaffen wollte. Aber auch diese Pläne könnten nur im engen Einbehalten mit den Gewerkschaften behandelt werden.

Wenn der neue Wirtschaftsminister nicht sehr bald mit anderen durchgearbeiteten Plänen kommt, die nicht an dem Kern der Probleme vorbeigehen, dann werden die Arbeiter, denen die Not sehr auf den Nerven brennt, sich sicher etwas stärker bemerkbar machen. Die Unternehmer lehnen Aufträge ab, die sie haben können, sie schütten Dividenden in unerhörter Höhe aus, statt sie den Betrieben nutzbar zu machen, sie verkaufen ihre Betriebe oder die Anteile an Ausländer zum Zweck der Kapitalflucht usw. Und allen diesen Vorgängen steht der Wirtschaftsminister hilflos gegenüber. Die Arbeiterkraft dürfte wohl berechtigt sein, den Minister zu fragen, wie er sich eigentlich die Lösung der Krise denkt, und ihn zu ermahnen, mit einem „Wiederaufbauprogramm“, das doch dem Volk versprochen wurde, endlich einmal hervorzutreten. Welche Wege die sozialistische Arbeiterkraft gehen will, dürfte dem Minister bekannt sein. Es wäre sicher für das deutsche Volk ein ungeheurer Gewinn, ja die Rettung, wenn dieser bürgerliche Minister zu der Erkenntnis käme und ihr Ausdruck verleihen wollte, daß er von seinem Ministerstuhl aus doch erkannt habe, daß die deutsche Wirtschaftskrise und mit ihr der Finanzzusammenbruch nicht zu überwinden sind ohne Übergang zu einer neuen Form der gesellschaftlichen Arbeit.

Abbau der neuen Braunkohlenlager in Oberschlesien. Das vor einigen Monaten in Rothaus bei Oppeln gefundene ergiebige Braunkohlenlager wird durch zwei Gewerkschaften im Tagbau abgebaut. Neuerdings sind auch in Komprachcitz und Polnisch-Neudorf abbaufähige Braunkohlenlager erschlossen worden, deren Abbau in kürzester Zeit ebenfalls in Angriff genommen werden soll.

Soziales.

Heilverfahren in der Angestelltenversicherung.

Aus dem Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1919 ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre gegenüber 1918 11 165 — 85 Proz. Anträge auf Heilverfahren gestellt wurden. Die Zahl der Anträge betrug 1918 nur 10 464. Im folgenden Jahre war die Steigerung so groß, daß trotz des Rückgangs der Antragstellung in den Kriegsmontaten doch eine Erhöhung auf 20 187 Anträge eintrat. 1915 waren nur 15 079 zu verzeichnen. Dann stieg die Zahl auf 24 184 im 1916, 30 182 im 1917, 31 575 im 1918 und 43 040 im 1919. Das Kriegsjahr hat auf die Stellung von Heilverfahrensanträgen stark steigend eingewirkt, was zu einem Teil auf die Demobilisierung, zu einem wesentlichen Teil aber auch auf die allgemeinen schlechten gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes zurückgeführt wird.

Die eingegangenen Anträge betrafen im Berichtsjahr 1919 Bewährung von Jahnheilverfahren und größeren Heilmitteln 8007, Jahnheilverfahren 11 888, andere ständige Heilverfahren 22 271, Verusummierung Kriegsbeschädigter 283, Behandlung von Geschlechtskrankheiten 591.

Von 43 947 zur Entschädigung stehenden Anträgen (einschl. der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen und ausl. der Anträge Kriegsbeschädigter auf Verusummierung) wurden im Berichtsjahre 40 318 erledigt, davon: 26 275 = 65,18 Proz. durch Genehmigung des Heilverfahrens, 9948 = 24,66 Proz. durch Ablehnung, 1947 = 4,84 Proz. durch Zurücknahme des Antrags, 2033 = 5,08 Proz. durch anderweitige Erledigung und 95 = 0,24 Proz. durch Todesfall. Die 26 275 genehmigten Anträge betrafen: Jahnheilverfahren in 6094, ständige Heilverfahren in 18 841 und Gewährung größerer Heilmittel in 440 Fällen. Von den 18 841 genehmigten ständigen Heilverfahren wurden 8814 = 28,2 Proz. in Jahnheilverfahren, 4542 = 24,11 Proz. in Sanatorien, 7200 = 38,69 Proz. in Bädern, 620 = 3,29 Proz. in spezialärztlicher Behandlung und 1075 gleich 5,71 Proz. unter Zuzugewährung der Reichsversicherungsanstalt durchgeführt. Die Gesamtzahl der Verusummertage bei den Heilverfahren betrug in Jahnheilverfahren 516 785 Tage, in Sanatorien 251 888 Tage, in Bädern 344 500 Tage, in Krankenhäusern, Privatkliniken usw. 2782 Tage.

An Anträgen Kriegsbeschädigter Versicherter auf Erstattung der Kosten der Verusummierung standen einschließl. 17 aus dem Vorjahre übernommenen 800 zur Entschädigung, von denen 240 endgültig erledigt wurden und zwar durch Bewilligung 129, durch Ablehnung 102, durch Zurücknahme 9 und in anderer Weise 7.

Die Kosten für Heilverfahren betrugen 17 429 195 M., hiervon wurden für besondere Zwecke 151 850 M. verausgabt, so daß für die Heilverfahren selbst 17 277 345 M. angewendet worden sind. 1918 betrug die Gesamtausgabe für Heilverfahren 10 870 670 M. Die Kosten des einzelnen werden im Bericht auf rund 860 M. berechnet, 1918 auf 844 M., 1917 auf 816 M. und 1916 auf 463 M.

Die im Dienstgebäude Lauenburger Str. 10 in Berlin-Wilmersdorf eingerichtete besondere Anstalt für Heilverfahren Angelegenheiten erteilte 1919 insgesamt in 12 704 Fällen Auskunft.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines Hallenser Mörders in Hamburg. Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete den Kupfermeister Hugo Häufler, der von Halle an der Saale wegen Mordes an haw. Land- und Lebensbruder feldmäßig verfolgt wurde.

Ein Arzt als Radiumdieb. Der „Frankfurter Zeitung“ wird in Verbindung mit den Radiumschleudern und den Radiumteilen über die Weisa-Werke in Frankfurt a. M. von dem Weisa-Radium-Institut mitgeteilt: Ein Münchener Frauenarzt ist an das Weisa-Radium-Institut, nicht an die Weisa-Werke, wie irrtümlich mitgeteilt wurde, herangekommen mit dem Ersuchen, ihm ein größeres Radiumquantum für Versuchszwecke zu besorgen. Später hat sich herausgestellt, daß der betreffende Arzt das Radium nicht für Zwecke seiner Forschung, sondern an Händler weiterleiten wollte. Das Radium-Institut ist also im vorliegenden Falle durch das Dazwischentreten eines Arztes, der Versuchszwecke angab, in unverantwortlicher Weise irreführt worden.

Die Zukunft des Frankfurter Zoologischen Gartens. In maßgebenden städtischen Kreisen ist die völlige Schließung des Frankfurter Zoologischen Gartens in Erwägung gezogen worden. Obgleich das Institut von erheblicher kultureller Bedeutung ist, glaubt man doch, daß ein jährlicher Zuschuß von 500 000 M. das Park dessen überlastete, das die Stadt zu leisten berechnigt sei. Bisher soll ein Verbot mit Einschränkung gemacht werden. Man will den Gesamtzuschuß zunächst in Höhe von 300 000 M. betwillingen.

Ausbruch in Wien. Montag nachmittag wurde die Petruskirche im 1. Bezirk in Wien von Einbrechern heimgesucht, die sich in die Kirche einschließen liehen und am Morgen flüchteten. Gestohlen haben sie aus erbrochenen Ochsenschellen den Inhalt, sowie von den Heiligenbildern Ketten und silberne Plättchen.

Absturz auf der Regalve. Vier Touristen verunglückten auf dem „Akademikersteig“ der Regalve tödlich.

Unsauberkeit englischer Schulen. In Bianella in England und weigeren sich 400 Kinder, in die Schule zu gehen, solange das Schulgebäude nicht gründlich gereinigt wird. Sie haben einen Protestzug durch die Stadt unter Zustimmung ihrer Eltern veranstaltet.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Hüter, Paletots, Damen-Rokos.
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Maß.
Für langjährige Verbindungen mit allbekanntesten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
G. M. H.
Sekt. 1922, Gertraudenstr. 20-21, Sekt. 1922.

Zähne 3 M.
Teilszahlung 5 L. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 1,50. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Lind. Umarm. schlechtes. Ombone. Rep. oft.
Zahnarzt Wolf, Potsdamerstr. 53. Hochb. Sprechz. 4-7.

Verkaufe
Wasserschiff 100.—, Kerosin-Schiff 110.—, Kerosin-Schiff 125.—, Kerosin-Schiff 135.—, Kerosin-Schiff 145.—, Kerosin-Schiff 155.—, Kerosin-Schiff 165.—, Kerosin-Schiff 175.—, Kerosin-Schiff 185.—, Kerosin-Schiff 195.—, Kerosin-Schiff 205.—, Kerosin-Schiff 215.—, Kerosin-Schiff 225.—, Kerosin-Schiff 235.—, Kerosin-Schiff 245.—, Kerosin-Schiff 255.—, Kerosin-Schiff 265.—, Kerosin-Schiff 275.—, Kerosin-Schiff 285.—, Kerosin-Schiff 295.—, Kerosin-Schiff 305.—, Kerosin-Schiff 315.—, Kerosin-Schiff 325.—, Kerosin-Schiff 335.—, Kerosin-Schiff 345.—, Kerosin-Schiff 355.—, Kerosin-Schiff 365.—, Kerosin-Schiff 375.—, Kerosin-Schiff 385.—, Kerosin-Schiff 395.—, Kerosin-Schiff 405.—, Kerosin-Schiff 415.—, Kerosin-Schiff 425.—, Kerosin-Schiff 435.—, Kerosin-Schiff 445.—, Kerosin-Schiff 455.—, Kerosin-Schiff 465.—, Kerosin-Schiff 475.—, Kerosin-Schiff 485.—, Kerosin-Schiff 495.—, Kerosin-Schiff 505.—, Kerosin-Schiff 515.—, Kerosin-Schiff 525.—, Kerosin-Schiff 535.—, Kerosin-Schiff 545.—, Kerosin-Schiff 555.—, Kerosin-Schiff 565.—, Kerosin-Schiff 575.—, Kerosin-Schiff 585.—, Kerosin-Schiff 595.—, Kerosin-Schiff 605.—, Kerosin-Schiff 615.—, Kerosin-Schiff 625.—, Kerosin-Schiff 635.—, Kerosin-Schiff 645.—, Kerosin-Schiff 655.—, Kerosin-Schiff 665.—, Kerosin-Schiff 675.—, Kerosin-Schiff 685.—, Kerosin-Schiff 695.—, Kerosin-Schiff 705.—, Kerosin-Schiff 715.—, Kerosin-Schiff 725.—, Kerosin-Schiff 735.—, Kerosin-Schiff 745.—, Kerosin-Schiff 755.—, Kerosin-Schiff 765.—, Kerosin-Schiff 775.—, Kerosin-Schiff 785.—, Kerosin-Schiff 795.—, Kerosin-Schiff 805.—, Kerosin-Schiff 815.—, Kerosin-Schiff 825.—, Kerosin-Schiff 835.—, Kerosin-Schiff 845.—, Kerosin-Schiff 855.—, Kerosin-Schiff 865.—, Kerosin-Schiff 875.—, Kerosin-Schiff 885.—, Kerosin-Schiff 895.—, Kerosin-Schiff 905.—, Kerosin-Schiff 915.—, Kerosin-Schiff 925.—, Kerosin-Schiff 935.—, Kerosin-Schiff 945.—, Kerosin-Schiff 955.—, Kerosin-Schiff 965.—, Kerosin-Schiff 975.—, Kerosin-Schiff 985.—, Kerosin-Schiff 995.—, Kerosin-Schiff 1005.—, Kerosin-Schiff 1015.—, Kerosin-Schiff 1025.—, Kerosin-Schiff 1035.—, Kerosin-Schiff 1045.—, Kerosin-Schiff 1055.—, Kerosin-Schiff 1065.—, Kerosin-Schiff 1075.—, Kerosin-Schiff 1085.—, Kerosin-Schiff 1095.—, Kerosin-Schiff 1105.—, Kerosin-Schiff 1115.—, Kerosin-Schiff 1125.—, Kerosin-Schiff 1135.—, Kerosin-Schiff 1145.—, Kerosin-Schiff 1155.—, Kerosin-Schiff 1165.—, Kerosin-Schiff 1175.—, Kerosin-Schiff 1185.—, Kerosin-Schiff 1195.—, Kerosin-Schiff 1205.—, Kerosin-Schiff 1215.—, Kerosin-Schiff 1225.—, Kerosin-Schiff 1235.—, Kerosin-Schiff 1245.—, Kerosin-Schiff 1255.—, Kerosin-Schiff 1265.—, Kerosin-Schiff 1275.—, Kerosin-Schiff 1285.—, Kerosin-Schiff 1295.—, Kerosin-Schiff 1305.—, Kerosin-Schiff 1315.—, Kerosin-Schiff 1325.—, Kerosin-Schiff 1335.—, Kerosin-Schiff 1345.—, Kerosin-Schiff 1355.—, Kerosin-Schiff 1365.—, Kerosin-Schiff 1375.—, Kerosin-Schiff 1385.—, Kerosin-Schiff 1395.—, Kerosin-Schiff 1405.—, Kerosin-Schiff 1415.—, Kerosin-Schiff 1425.—, Kerosin-Schiff 1435.—, Kerosin-Schiff 1445.—, Kerosin-Schiff 1455.—, Kerosin-Schiff 1465.—, Kerosin-Schiff 1475.—, Kerosin-Schiff 1485.—, Kerosin-Schiff 1495.—, Kerosin-Schiff 1505.—, Kerosin-Schiff 1515.—, Kerosin-Schiff 1525.—, Kerosin-Schiff 1535.—, Kerosin-Schiff 1545.—, Kerosin-Schiff 1555.—, Kerosin-Schiff 1565.—, Kerosin-Schiff 1575.—, Kerosin-Schiff 1585.—, Kerosin-Schiff 1595.—, Kerosin-Schiff 1605.—, Kerosin-Schiff 1615.—, Kerosin-Schiff 1625.—, Kerosin-Schiff 1635.—, Kerosin-Schiff 1645.—, Kerosin-Schiff 1655.—, Kerosin-Schiff 1665.—, Kerosin-Schiff 1675.—, Kerosin-Schiff 1685.—, Kerosin-Schiff 1695.—, Kerosin-Schiff 1705.—, Kerosin-Schiff 1715.—, Kerosin-Schiff 1725.—, Kerosin-Schiff 1735.—, Kerosin-Schiff 1745.—, Kerosin-Schiff 1755.—, Kerosin-Schiff 1765.—, Kerosin-Schiff 1775.—, Kerosin-Schiff 1785.—, Kerosin-Schiff 1795.—, Kerosin-Schiff 1805.—, Kerosin-Schiff 1815.—, Kerosin-Schiff 1825.—, Kerosin-Schiff 1835.—, Kerosin-Schiff 1845.—, Kerosin-Schiff 1855.—, Kerosin-Schiff 1865.—, Kerosin-Schiff 1875.—, Kerosin-Schiff 1885.—, Kerosin-Schiff 1895.—, Kerosin-Schiff 1905.—, Kerosin-Schiff 1915.—, Kerosin-Schiff 1925.—, Kerosin-Schiff 1935.—, Kerosin-Schiff 1945.—, Kerosin-Schiff 1955.—, Kerosin-Schiff 1965.—, Kerosin-Schiff 1975.—, Kerosin-Schiff 1985.—, Kerosin-Schiff 1995.—, Kerosin-Schiff 2005.—, Kerosin-Schiff 2015.—, Kerosin-Schiff 2025.—, Kerosin-Schiff 2035.—, Kerosin-Schiff 2045.—, Kerosin-Schiff 2055.—, Kerosin-Schiff 2065.—, Kerosin-Schiff 2075.—, Kerosin-Schiff 2085.—, Kerosin-Schiff 2095.—, Kerosin-Schiff 2105.—, Kerosin-Schiff 2115.—, Kerosin-Schiff 2125.—, Kerosin-Schiff 2135.—, Kerosin-Schiff 2145.—, Kerosin-Schiff 2155.—, Kerosin-Schiff 2165.—, Kerosin-Schiff 2175.—, Kerosin-Schiff 2185.—, Kerosin-Schiff 2195.—, Kerosin-Schiff 2205.—, Kerosin-Schiff 2215.—, Kerosin-Schiff 2225.—, Kerosin-Schiff 2235.—, Kerosin-Schiff 2245.—, Kerosin-Schiff 2255.—, Kerosin-Schiff 2265.—, Kerosin-Schiff 2275.—, Kerosin-Schiff 2285.—, Kerosin-Schiff 2295.—, Kerosin-Schiff 2305.—, Kerosin-Schiff 2315.—, Kerosin-Schiff 2325.—, Kerosin-Schiff 2335.—, Kerosin-Schiff 2345.—, Kerosin-Schiff 2355.—, Kerosin-Schiff 2365.—, Kerosin-Schiff 2375.—, Kerosin-Schiff 2385.—, Kerosin-Schiff 2395.—, Kerosin-Schiff 2405.—, Kerosin-Schiff 2415.—, Kerosin-Schiff 2425.—, Kerosin-Schiff 2435.—, Kerosin-Schiff 2445.—, Kerosin-Schiff 2455.—, Kerosin-Schiff 2465.—, Kerosin-Schiff 2475.—, Kerosin-Schiff 2485.—, Kerosin-Schiff 2495.—, Kerosin-Schiff 2505.—, Kerosin-Schiff 2515.—, Kerosin-Schiff 2525.—, Kerosin-Schiff 2535.—, Kerosin-Schiff 2545.—, Kerosin-Schiff 2555.—, Kerosin-Schiff 2565.—, Kerosin-Schiff 2575.—, Kerosin-Schiff 2585.—, Kerosin-Schiff 2595.—, Kerosin-Schiff 2605.—, Kerosin-Schiff 2615.—, Kerosin-Schiff 2625.—, Kerosin-Schiff 2635.—, Kerosin-Schiff 2645.—, Kerosin-Schiff 2655.—, Kerosin-Schiff 2665.—, Kerosin-Schiff 2675.—, Kerosin-Schiff 2685.—, Kerosin-Schiff 2695.—, Kerosin-Schiff 2705.—, Kerosin-Schiff 2715.—, Kerosin-Schiff 2725.—, Kerosin-Schiff 2735.—, Kerosin-Schiff 2745.—, Kerosin-Schiff 2755.—, Kerosin-Schiff 2765.—, Kerosin-Schiff 2775.—, Kerosin-Schiff 2785.—, Kerosin-Schiff 2795.—, Kerosin-Schiff 2805.—, Kerosin-Schiff 2815.—, Kerosin-Schiff 2825.—, Kerosin-Schiff 2835.—, Kerosin-Schiff 2845.—, Kerosin-Schiff 2855.—, Kerosin-Schiff 2865.—, Kerosin-Schiff 2875.—, Kerosin-Schiff 2885.—, Kerosin-Schiff 2895.—, Kerosin-Schiff 2905.—, Kerosin-Schiff 2915.—, Kerosin-Schiff 2925.—, Kerosin-Schiff 2935.—, Kerosin-Schiff 2945.—, Kerosin-Schiff 2955.—, Kerosin-Schiff 2965.—, Kerosin-Schiff 2975.—, Kerosin-Schiff 2985.—, Kerosin-Schiff 2995.—, Kerosin-Schiff 3005.—, Kerosin-Schiff 3015.—, Kerosin-Schiff 3025.—, Kerosin-Schiff 3035.—, Kerosin-Schiff 3045.—, Kerosin-Schiff 3055.—, Kerosin-Schiff 3065.—, Kerosin-Schiff 3075.—, Kerosin-Schiff 3085.—, Kerosin-Schiff 3095.—, Kerosin-Schiff 3105.—, Kerosin-Schiff 3115.—, Kerosin-Schiff 3125.—, Kerosin-Schiff 3135.—, Kerosin-Schiff 3145.—, Kerosin-Schiff 3155.—, Kerosin-Schiff 3165.—, Kerosin-Schiff 3175.—, Kerosin-Schiff 3185.—, Kerosin-Schiff 3195.—, Kerosin-Schiff 3205.—, Kerosin-Schiff 3215.—, Kerosin-Schiff 3225.—, Kerosin-Schiff 3235.—, Kerosin-Schiff 3245.—, Kerosin-Schiff 3255.—, Kerosin-Schiff 3265.—, Kerosin-Schiff 3275.—, Kerosin-Schiff 3285.—, Kerosin-Schiff 3295.—, Kerosin-Schiff 3305.—, Kerosin-Schiff 3315.—, Kerosin-Schiff 3325.—, Kerosin-Schiff 3335.—, Kerosin-Schiff 3345.—, Kerosin-Schiff 3355.—, Kerosin-Schiff 3365.—, Kerosin-Schiff 3375.—, Kerosin-Schiff 3385.—, Kerosin-Schiff 3395.—, Kerosin-Schiff 3405.—, Kerosin-Schiff 3415.—, Kerosin-Schiff 3425.—, Kerosin-Schiff 3435.—, Kerosin-Schiff 3445.—, Kerosin-Schiff 3455.—, Kerosin-Schiff 3465.—, Kerosin-Schiff 3475.—, Kerosin-Schiff 3485.—, Kerosin-Schiff 3495.—, Kerosin-Schiff 3505.—, Kerosin-Schiff 3515.—, Kerosin-Schiff 3525.—, Kerosin-Schiff 3535.—, Kerosin-Schiff 3545.—, Kerosin-Schiff 3555.—, Kerosin-Schiff 3565.—, Kerosin-Schiff 3575.—, Kerosin-Schiff 3585.—, Kerosin-Schiff 3595.—, Kerosin-Schiff 3605.—, Kerosin-Schiff 3615.—, Kerosin-Schiff 3625.—, Kerosin-Schiff 3635.—, Kerosin-Schiff 3645.—, Kerosin-Schiff 3655.—, Kerosin-Schiff 3665.—, Kerosin-Schiff 3675.—, Kerosin-Schiff 3685.—, Kerosin-Schiff 3695.—, Kerosin-Schiff 3705.—, Kerosin-Schiff 3715.—, Kerosin-Schiff 3725.—, Kerosin-Schiff 3735.—, Kerosin-Schiff 3745.—, Kerosin-Schiff 3755.—, Kerosin-Schiff 3765.—, Kerosin-Schiff 3775.—, Kerosin-Schiff 3785.—, Kerosin-Schiff 3795.—, Kerosin-Schiff 3805.—, Kerosin-Schiff 3815.—, Kerosin-Schiff 3825.—, Kerosin-Schiff 3835.—, Kerosin-Schiff 3845.—, Kerosin-Schiff 3855.—, Kerosin-Schiff 3865.—, Kerosin-Schiff 3875.—, Kerosin-Schiff 3885.—, Kerosin-Schiff 3895.—, Kerosin-Schiff 3905.—, Kerosin-Schiff 3915.—, Kerosin-Schiff 3925.—, Kerosin-Schiff 3935.—, Kerosin-Schiff 3945.—, Kerosin-Schiff 3955.—, Kerosin-Schiff 3965.—, Kerosin-Schiff 3975.—, Kerosin-Schiff 3985.—, Kerosin-Schiff 3995.—, Kerosin-Schiff 4005.—, Kerosin-Schiff 4015.—, Kerosin-Schiff 4025.—, Kerosin-Schiff 4035.—, Kerosin-Schiff 4045.—, Kerosin-Schiff 4055.—, Kerosin-Schiff 4065.—, Kerosin-Schiff 4075.—, Kerosin-Schiff 4085.—, Kerosin-Schiff 4095.—, Kerosin-Schiff 4105.—, Kerosin-Schiff 4115.—, Kerosin-Schiff 4125.—, Kerosin-Schiff 4135.—, Kerosin-Schiff 4145.—, Kerosin-Schiff 4155.—, Kerosin-Schiff 4165.—, Kerosin-Schiff 4175.—, Kerosin-Schiff 4185.—, Kerosin-Schiff 4195.—, Kerosin-Schiff 4205.—, Kerosin-Schiff 4215.—, Kerosin-Schiff 4225.—, Kerosin-Schiff 4235.—, Kerosin-Schiff 4245.—, Kerosin-Schiff 4255.—, Kerosin-Schiff 4265.—, Kerosin-Schiff 4275.—, Kerosin-Schiff 4285.—, Kerosin-Schiff 4295.—, Kerosin-Schiff 4305.—, Kerosin-Schiff 4315.—, Kerosin-Schiff 4325.—, Kerosin-Schiff 4335.—, Kerosin-Schiff 4345.—, Kerosin-Schiff 4355.—, Kerosin-Schiff 4365.—, Kerosin-Schiff 4375.—, Kerosin-Schiff 4385.—, Kerosin-Schiff 4395.—, Kerosin-Schiff 4405.—, Kerosin-Schiff 4415.—, Kerosin-Schiff 4425.—, Kerosin-Schiff 4435.—, Kerosin-Schiff 4445.—, Kerosin-Schiff 4455.—, Kerosin-Schiff 4465.—, Kerosin-Schiff 4475.—, Kerosin-Schiff 4485.—, Kerosin-Schiff 4495.—, Kerosin-Schiff 4505.—, Kerosin-Schiff 4515.—, Kerosin-Schiff 4525.—, Kerosin-Schiff 4535.—, Kerosin-Schiff 4545.—, Kerosin-Schiff 4555.—, Kerosin-Schiff 4565.—, Kerosin-Schiff 4575.—, Kerosin-Schiff 4585.—, Kerosin-Schiff 4595.—, Kerosin-Schiff 4605.—, Kerosin-Schiff 4615.—, Kerosin-Schiff 4625.—, Kerosin-Schiff 4635.—, Kerosin-Schiff 4645.—, Kerosin-Schiff 4655.—, Kerosin-Schiff 4665.—, Kerosin-Schiff 4675.—, Kerosin-Schiff 4685.—, Kerosin-Schiff 4695.—, Kerosin-Schiff 4705.—, Kerosin-Schiff 4715.—, Kerosin-Schiff 4725.—, Kerosin-Schiff 4735.—, Kerosin-Schiff 4745.—, Kerosin-Schiff 4755.—, Kerosin-Schiff 4765.—, Kerosin-Schiff 4775.—, Kerosin-Schiff 4785.—, Kerosin-Schiff 4795.—, Kerosin-Schiff 4805.—, Kerosin-Schiff 4815.—, Kerosin-Schiff 4825.—, Kerosin-Schiff 4835.—, Kerosin-Schiff 4845.—, Kerosin-Schiff 4855.—, Kerosin-Schiff 4865.—, Kerosin-Schiff 4875.—, Kerosin-Schiff 4885.—, Kerosin-Schiff 4895.—, Kerosin-Schiff 4905.—, Kerosin-Schiff 4915.—, Kerosin-Schiff 4925.—, Kerosin-Schiff 4935.—, Kerosin-Schiff 4945.—, Kerosin-Schiff 4955.—, Kerosin-Schiff 4965.—, Kerosin-Schiff 4975.—, Kerosin-Schiff 4985.—, Kerosin-Schiff 4995.—, Kerosin-Schiff 5005.—, Kerosin-Schiff 5015.—, Kerosin-Schiff 5025.—, Kerosin-Schiff 5035.—, Kerosin-Schiff 5045.—, Kerosin-Schiff 5055.—, Kerosin-Schiff 5065.—, Kerosin-Schiff 5075.—, Kerosin-Schiff 5085.—, Kerosin-Schiff 5095.—, Kerosin-Schiff 5105.—, Kerosin-Schiff 5115.—, Kerosin-Schiff 5125.—, Kerosin-Schiff 5135.—, Kerosin-Schiff 5145.—, Kerosin-Schiff 5155.—, Kerosin-Schiff 5165.—, Kerosin-Schiff 5175.—, Kerosin-S